

## MEDIENKONFERENZ VOM 20. APRIL 2022

---

Daniel Lampart, Sekretariatsleiter und Chefökonom SGB

Teuerung und Krankenkassen-Prämienschock

### **Drohende Kaufkraftverluste von über 3'000 Franken – Gegenmassnahmen nötig**

#### **1. Teuerung und Prämienschock belasten Kaufkraft**

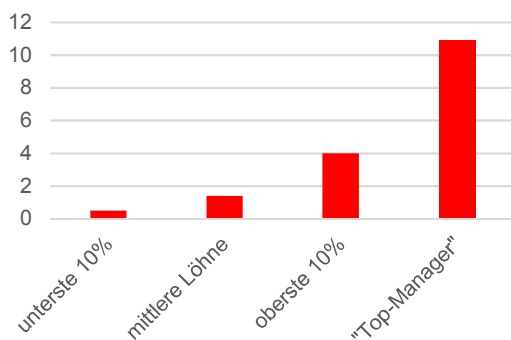
##### **1.1 Ohne Teuerungsausgleich: Realeinkommensverlust von über 2'200 Franken**

Die Rückkehr der Teuerung nach mehr als 10 Jahren führt zu einer völlig neuen Ausgangslage. Momentan wird für 2022 eine Jahresteuierung von etwas mehr als 2 Prozent erwartet. Es würde aber nicht überraschen, wenn diese angesichts der deutlich höheren Teuerungsraten im Ausland, der Versorgungsengpässe und der Unsicherheiten bei den Energiepreisen noch etwas höher ausfallen würde. Generelle Lohnerhöhungen sind in diesem Umfeld unabdingbar, da sonst empfindliche reale Einkommenseinbussen drohen. Ohne Teuerungsausgleich hätten Berufstätige mit einem mittleren Lohn real 1'600 Franken weniger Einkommen pro Jahr. Für Paare mit Kindern, wo beide Elternteile berufstätig sind, würde das eine Real-Lohneinbusse von 2'200 Franken bedeuten.

##### **1.2 Lohnschere ging in den letzten Jahren wieder auf**

Viele Arbeitnehmende mit tiefen und mittleren Einkommen erhielten bereits in den letzten Jahren nur bescheidene Lohnerhöhungen. Die oberen Einkommensgruppen und die «Top-Manager» zahlten hingegen Gehaltserhöhungen aus, als hätte es keine «Abzocker»-Kritik gegeben. Mittlerweile gibt es auch wieder mehr Arbeitnehmende mit einem Tieflohn.

#### **Realloohnerhöhungen 2016-2020 (in Prozent)**



Quelle: Lohnstrukturerhebung des BFS

### 1.3 Drohender Realeinkommensverlust von über 1'000 Fr. durch KV-Prämienschock 2023

Zusätzlich droht ein Prämienschub bei den Krankenkassen. Aufgrund der Kostenentwicklung muss man mit 10 Prozent höheren Prämien rechnen. Dieser Prämienschub wird die Haushalte mit mittleren Einkommen besonders stark treffen. Sie erhalten kaum Prämienverbilligungen und zahlen oft mehr als 10 Prozent ihres Einkommens in die Krankenkassen. Der Prämienschock für eine vierköpfige Familie mit zwei Kindern führt dazu, dass die Familie rund 1'100 Fr. mehr für die Prämien ausgeben muss.<sup>1</sup>

### 1.4 Steuersenkungsprojekte des Bundes begünstigen die Falschen

Die Steuer- und Abgabepolitik von National- und Ständerat droht diese einkommenspolitisch völlig falsche Entwicklung zu verstärken. Obwohl die Schweizer Bevölkerung diese Politik in den letzten Jahren bereits mehrmals abgelehnt hat.

Symptomatisch ist die Vorlage zur Verrechnungssteuer, über die im September abgestimmt wird. Obligationen, die vor allem im Besitz von vermögensstärkeren Haushalten sind, würden verrechnungssteuerfrei. Die Sparguthaben der Normalverdienenden wären hingegen weiter der Verrechnungssteuer unterstellt. Zusätzlich wollen National- und Ständerat die Steuerabzüge für Krankenkassenprämien erhöhen (Motion Grin). Wenn der Eigenmietwert noch fällt, würden die oberen Einkommens- und Vermögensklassen über 2 Mrd. Franken weniger Steuern zahlen<sup>2</sup>.

Viele Kantone planen zudem, entweder die Steuerfüsse zu senken oder die Abzüge (für KV-Prämien u.a.) zu erhöhen.

## 2. Massnahmen zur Stärkung der Kaufkraft der Gering- und Normalverdienenden

Diese besorgniserregende Ausgangslage erfordert Massnahmen, damit die Kaufkraft der Gering- und Normalverdienenden steigt und nicht sinkt. Ohne Gegenmassnahmen droht Familien ein Kaufkraftverlust von gegen 3'500 Franken.

Die konjunkturelle Lage ist nach wie vor positiv. Die Geschäftslage einer grossen Mehrheit der Firmen ist gut, wie auch die Unternehmensbefragungen zeigen. Dazu kommt eine ausgezeichnete finanzielle Lage der Kantone, welche teilweise sogar von den Corona-Massnahmen des Bundes profitiert haben. Die Kantone haben die Corona-Jahre mit Überschüssen von mehr als 1 Mrd. (2020) bzw. 2.7 Mrd. Franken (2021) abgeschlossen. Der SGB fordert folgende Massnahmen:

- Generelle Lohnerhöhungen mit Teuerungsausgleich und einem Reallohnzuwachs als Beteiligung an der guten Wirtschaftsentwicklung.
- Alle Arbeitnehmenden sollen bei einer Vollzeittätigkeit mindestens 4'000 Franken (x13) Lohn erhalten.

---

<sup>1</sup> Berechnet auf Basis der Durchschnittsprämien gemäss BAG. Die Familie mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern zahlte 2020 total 11'368 Fr. im Jahr.

<sup>2</sup> Dazu kommen noch Steuersenkungen bei Leibrenten von 45 Mio. Fr. (Motion FDP) sowie höhere Abzüge für die 3. Säule (div. Motionen und parlamentarische Initiativen).

- Es braucht dringend höhere Prämienverbilligungen bei der Krankenversicherung. Niemand soll mehr als 10 Prozent seines Einkommens für die Krankenkasse zahlen müssen. Angesichts des drohenden Prämienchocks sollte der Bundesrat rasch einen entsprechenden Vorschlag machen.
- Der SGB wird die unsozialen Steuerprojekte weiterhin bekämpfen – so auch die Abschaffung der Verrechnungssteuer für Vermögende im September.

### 3. Wenn die Realeinkommen steigen, ist die Teuerung keine Gefahr für die Berufstätigen

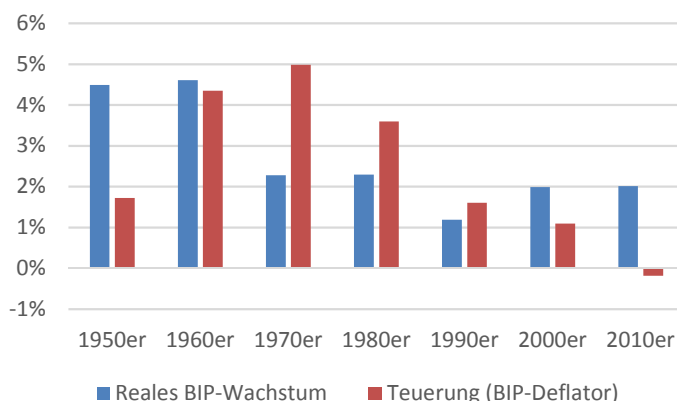
Die Teuerung ist im März auf 2.4 Prozent gestiegen. Die seit mehr als 10 Jahren dauernde Phase der Null- und Negativteuerung geht zu Ende. Die Teuerung stammt allerdings zur Hälfte von den höheren Energiepreisen, was streng genommen eine Preisniveaushiftung und keine klassische Inflation ist. In den letzten Monaten sind aber auch die Preise für Dienstleistungen im Inland etwas gestiegen. Das zeigt, dass sich die Teuerung auch in der Schweiz nach und nach ausbreitet – wenn auch auf wesentlich tieferem Niveau als im Ausland, weil der überbewertete Franken und die administrierten Preise den Preisauftrieb bremsen.

Die Rückkehr der Teuerung hat auch ihre positiven Seiten. Die Zinsen steigen, was beispielsweise nach einer Übergangszeit zu einer Normalisierung in den Pensionskassen führen wird. Generell ist die Teuerung besser als ihr Ruf – solange sie nicht überbordet. Denn sie erleichtert den Strukturwandel in der Wirtschaft und gibt den Nationalbanken mehr Spielraum in der Konjunkturpolitik. Vorausgesetzt natürlich, dass die Löhne und die Einkommen an die Teuerung angepasst werden.

Bis zu den 1990er-Jahren war Teuerung völlig normal. Teuerungsausgleichs-Bestimmungen in Gesamtarbeitsverträgen waren deshalb beispielsweise gang und gäbe. Wirtschaftlich waren das insgesamt gute Jahre.

#### Wachstum des Bruttoinlandproduktes und Teuerung im historischen Vergleich

(Mittelwerte in den Jahrzehnten, in Prozent)



Der Vergleich der aktuellen Wirtschaftslage mit der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre («Ölpreisschock») ist falsch. Damals fiel das Bretton-Woods-Währungssystem auseinander, was u. a. zu ei-

ner sehr starken Aufwertung des Frankens führte. Die Schweiz hatte damals noch keine obligatorische Arbeitslosenversicherung, wodurch ein wichtiger Konjunkturstabilisator fehlte. Und weil nach Ausbruch der Krise rund 400'000 ausländische Arbeitskräfte nicht mehr in die Schweiz kamen, fehlte die entsprechende Konsumnachfrage.